

Islamischer Religionsunterricht

Vaduz, 28. März - Im Grundsatzpapier zur liechtensteinischen Integrationspolitik, das die Regierung Ende Februar 2007 genehmigt hat, wird festgehalten, dass die Integration von grosser Bedeutung für die allgemeine Wohlfahrt und den sozialen Frieden im Land ist. Ziel der Integration muss es sein, ein Zusammenleben aller gesellschaftlichen Gruppierungen zu ermöglichen, das von gegenseitiger Achtung und Toleranz geprägt ist. Die Integrationspolitik basiert dabei auf dem Grundsatz des "Förderns und Forderns".

Für die Migrantinnen und Migranten ist es ein Anliegen, ihre Identität bewahren zu können. Dazu gehören ganz wesentlich die eigene Religion sowie die Weitergabe des eigenen Glaubens an die nächste Generation. Im Fürstentum Liechtenstein ist im Primarschulbereich bisher kein Religionsunterricht für muslimische Kinder vorgesehen. Muslimische Eltern können ihre Kinder nur in die Moschee zum Unterricht bei einem Imam schicken. In den weiterführenden Schulen gibt es für alle Schülerinnen und Schüler, die keinen konfessionellen Religionsunterricht besuchen, das Fach Religion und Kultur, zu dessen Lehrplan - neben den anderen Weltreligionen - auch der Islam gehört.

Eine Abklärung im Fürstentum Liechtenstein in den letzten Monaten hat ergeben, dass ein Bedürfnis nach islamischem Religionsunterricht besteht. Die Regierung hat beschlossen, einen islamischen Religionsunterricht für Primarschüler unter bestimmten Bedingungen zu ermöglichen:

- Der Unterricht wird von pädagogisch und fachlich ausgebildeten Lehrpersonen erteilt.
- Die Unterrichtssprache ist Deutsch.
- Der Unterricht basiert auf einem Lehrplan, der von Fachpersonen begutachtet wird.
- Der Unterricht wird vom Schulamt kontrolliert und evaluiert. Der Rahmen unserer Verfassung und unserer Gesetze ist einzuhalten.

Mit diesem Schritt will die Regierung den muslimischen Kindern die Chance bieten, ihren Glauben besser als bisher kennen zu lernen. Deutsch als Unterrichtssprache soll einerseits die Integration fördern, andererseits soll dadurch gewährleistet sein, dass der Unterricht von Muslimen aller Nationen besucht werden kann. Durch die Unterrichtssprache Deutsch ist auch eine Aufsicht von Seiten der Schulbehörde möglich.

Nach bisherigem Kenntnisstand ist damit zu rechnen, dass im kommenden Schuljahr jeweils eine Gruppe (d. h. etwa 8-10 Schülerinnen und Schüler) im Oberland und im Unterland einen islamischen Religionsunterricht besuchen würde.

Das Projekt ist für ein Jahr angelegt und soll bis Ostern 2008 evaluiert werden. Danach ist über eine mögliche Weiterführung zu entscheiden.